

Sträubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 294

Anastasio, Hagar – Montag, 21. Dezember 2015 – Apostel Thomas

1,40 € / B 6527 A

LOKALES

Neues Programm:
Volkshochschule bietet
wieder viele Kurse

REGIONALES

Opposition unzufrieden
mit Huber-Antwort
zur Bayern-Ei-Affäre

KULTUR

Er war Dirigent
und Weltbürger:
Kurt Masur gestorben

WIRTSCHAFT

WTO-Runde schafft
Exportsubventionen
für Agrarprodukte ab

SPORT

Guardiola verlängert
Vertrag beim FC Bayern
nicht – Ancelotti kommt

Seehofer erwägt „Soli“-Verlängerung wegen Flüchtlingen

Schäfer-Gümbel: Union ohne gemeinsame Linie
Bayern verzichtet vorerst auf Verfassungsklage

München/Berlin. (dpa) CSU-Chef Horst Seehofer hat wegen der Flüchtlingskosten die Unionspläne für eine schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags infrage gestellt. „Wir haben seit der Grenzöffnung im September eine neue Situation“, sagte der bayerische Ministerpräsident am Wochenende der Deutschen Presse-Agentur. Das sei keine Absage an die Forderung nach einem Ende des „Solis“. „Aber wir müssen einfach einen Kassensturz machen mit dem Ziel herauszufinden, was können wir uns noch leisten? Wenn wir die Zuwanderung nicht begrenzen, werden wir keinen Spielraum haben.“

CDU und CSU hatten sich im Frühjahr auf Drängen Seehofers darauf verständigt, den „Soli“ von 2019 bis 2029 schrittweise abzuschaffen. Der CSU-Vorsitzende sprach damals von der „größten Steuersenkung aller Zeiten“. Inzwischen wird aber damit gerechnet, dass sich die Kosten für Flüchtlinge und Integration in den nächsten Jahren vervielfachen.

Die SPD wertete die Gedankenspiele des CSU-Chefs als durchsichtiges Manöver. „Seehofer macht überdeutlich, dass die Einigkeit der Union nur billige Fassade ist. In Wirklichkeit gibt es keine gemeinsame Linie in der Union – weder in der Flüchtlingspolitik noch anderswo“, sagte SPD-Vize Thorsten Schäfer-Gümbel. FDP-Chef Christian Lindner nannte es „geradezu schäbig“, die Beibehaltung des „Solis“ mit Flüchtlingen zu begründen.

SPD-Generalsekretärin Katarina Barley warf dem Koalitionspartner vor, Ressentiments gegen Zuwanderer zu schüren. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) forderte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, Klarheit über die Zukunft der umstrittenen Abgabe zu schaffen. Das Bundesfinanzministerium und die CDU wollten den Vorstoß zunächst nicht kommentieren.

Der „Soli“ wurde kurz nach der deutschen Einheit eingeführt und sollte den Aufbau im Osten mitfinanzieren. Er wird heute mit 5,5 Prozent auf die Einkommensteuer und die Unternehmensteuern aufgeschlagen und bringt zurzeit rund 13 Milliarden Euro im Jahr ein. „Wenn die Zuwanderung im bisherigen Ausmaß anhält, liegt es auf der Hand, dass eine Reduzierung der Einnahmen kaum möglich sein wird“, sagte Seehofer der dpa. „Auch dieses Beispiel zeigt, wie dringend eine deutliche Begrenzung der Zuwanderung ist.“

Auf die angedrohte Verfassungsklage zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen in Deutschland will Bayern vorerst verzichten. „Wir haben jetzt eine Verständigung mit der CDU. Deshalb steht für den Moment die Umsetzung im Vordergrund und nicht das gegenseitige Beklagen“, sagte Seehofer. „Wir werden jetzt sehen, was die Bemühungen der Kanzlerin auf internationaler und europäischer Ebene bringen. Da kann man jetzt nicht ein festes Datum setzen.“

Seite 5/Kommentar Seite 2



„SPORTLER DES JAHRES“ GEFEIERT: Triathlon-Star Jan Frodeno (Foto), Kugelstoßerin Christina Schwanitz und das Weltmeister-Team der Nordischen Kombinierer sind die deutschen „Sportler des Jahres“ 2015. Das ergab die Abstimmung von mehr als 3000 Sportjournalisten am Ende eines ereignisreichen Sportjahres. Rund 750 Gäste spendeten den Siegern bei der Gala gestern Abend im Kurhaus von Baden-Baden großen Applaus. Sport

Kunst im Industriegebiet

Faszinierende Installation von 6000 Kleiderbügeln und 6,5 Kilometer Schnur

Straubing. (fun) Bei dichtem Nebel und zu früher Morgenstunde eröffnete am Samstag Künstler und Kunsterzieher Max Messmer im Industriegebiet Straubing-Sand eine außergewöhnliche Kunstinstallation: Zwischen den rund 1000 Ahornbäumen, die entlang des Europarings Alleen bilden, hatte er auf einer rund 6,5 Kilometer langen Sialschnur etwa 6000 überwiegend schwarze Kleiderbügel befestigt. Ein Hesse-Gedicht lieferte den Titel für seine Ausstellung: „Seltsam im Nebel zu wandern.“

Wie bestellt legte sich am Wochenende dichter Nebel auf den Gäuboden, sodass die zwischen den Bäumen schwebenden Bügel in der Unendlichkeit der Baumalleen zu verschwinden schienen. Mit seiner Installation und dem zugehörigen Hesse-Gedicht will der Künstler gerade über die Weihnachtsfeiertage zum gemütlichen Kunstspaziergang und zum Nachdenken einladen und



Eine Besucherin betrachtet fasziniert die scheinbar zwischen den Bäumen schwebenden Kleiderbügel im Industriegebiet Straubing-Sand.

gleichzeitig das Industriegebiet als wichtigen Bestandteil der Region der nachwachsenden Rohstoffe präsentieren. Die Installation wird vorerst bis Samstag, 2. Januar, zu sehen

sein. Weil der Künstler hofft, dass Schnee seinem Werk einen zusätzlichen Reiz verleihen könnte, wird bereits jetzt über eine Verlängerung nachgedacht.

Syriens Armee rückt auf Aleppo vor

Damaskus. (dpa) Syriens Regierung um Machthaber Baschar al-Assad erhöht trotz anstehender Friedensgespräche den Druck auf die Rebellen. Laut Aktivisten und staatlichen Medien verdrängten Soldaten gemeinsam mit Kämpfern der libanesischen Hisbollah am Wochenende islamistische Milizen von einer wichtigen Anhöhe südlich von Aleppo. Zuvor nahmen laut Menschenrechtsbeobachtern syrische und russische Kampfflugzeuge die Region unter Beschuss.

Seite 6/Kommentar Seite 2

Schwierige Regierungsbildung in Spanien

Drastische Stimmverluste für Konservative und Sozialisten bei Parlamentswahl

Madrid. (dpa) Nach drastischen Stimmenverlusten für die traditionellen Großparteien der Konservativen und der Sozialisten steht Spanien vor einer schwierigen Regierungsbildung. Die Volkspartei (PP) von Ministerpräsident Mariano Rajoy behauptete sich bei der Parlamentswahl gestern zwar als stärkste Kraft. Sie büßte aber etwa ein Drittel ihrer Sitze ein und blieb weit unter der vor vier Jahren erreichten absoluten Mehrheit. Damit war zunächst unklar, wer die neue Regierung bilden würde.

Die Sozialisten (PSOE) wurden von den Wählern ebenfalls abgestraft und erzielten ihr schlechtestes Ergebnis seit der Rückkehr Spaniens zur Demokratie nach dem Ende der Franco-Diktatur (1939 bis

1975). Die vorweihnachtliche Abstimmung leitete zudem eine neue Ära in der spanischen Politik ein: Erstmals in der jüngeren Geschichte werden vier Parteien mit starken Fraktionen im Parlament vertreten sein – die neue Linkspartei Podemos (Wir können) und die liberalen Ciudadanos (Bürger) zogen erstmals in den „Congreso“ ein.

Nach Auszählung von rund 80 Prozent der abgegebenen Stimmen holte die PP rund 123 der insgesamt 350 Sitze, 63 weniger als vor vier Jahren. Sie erhielt 28,4 Prozent der Stimmen. Die PSOE von Oppositionsführer Pedro Sánchez erhielt demnach 92 Mandate (22,4 Prozent), 18 weniger als 2011. Sie hatte damals ihr schlechtestes Ergebnis in der jüngeren Geschichte erzielt

und fiel nun noch dahinter zurück. Podemos mit dem Politik-Dozenten Pablo Iglesias an der Spitze, dessen Pferdeschwanz zu seinem Markenzeichen geworden ist, kam demnach auf 68 Sitze (20,5 Prozent). Die liberalen Ciudadanos mit ihrem Parteichef Albert Rivera, die viele Spanier eher der rechten Mitte zuordnen, erlangen 38 Mandate (13,6 Prozent). Damit blieben sie deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Zur Regierungsbildung dürften komplizierte Koalitionsverhandlungen notwendig sein. Weder ein Mitte-rechts-Bündnis der PP mit den Ciudadanos noch eine Linksalianz von PSOE und Podemos käme auf eine absolute Mehrheit. Im Wahlkampf hatte keine der großen Parteien Hinweise darauf gegeben,

mit wem sie ein Regierungsbündnis eingehen würde.

Rajoy verfügte in der abgelaufenen Legislaturperiode über so viel politische Macht wie kein anderer Regierungschef in der jüngeren Historie des Landes. Die PP hatte bei der vorigen Wahl im November 2011 das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt und die absolute Mehrheit gewonnen.

Rajoy erließ nach seinem Amtsantritt vor vier Jahren aufgrund der Finanzkrise strenge Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen. Damit führte er Spanien aus der Krise heraus und verhalf der Wirtschaft zu neuem Wachstum. Doch bekam er auch den Unmut des Volkes zu spüren, und die Arbeitslosenquote ist mit über 20 Prozent weiterhin hoch.

Anzeigenservice • 09421/940 6200



Vertriebsservice • 09421/940 6400